

Hildigund Neubert

Zur Freiheit befreit

Geboren am 26. Juni 1960 in Quedlinburg, verheiratet, vier Kinder, 1979 Abitur, 1979–1984 Gesangsstudium an der Hochschule für Musik Franz-Liszt Weimar, 1979–1987 Engagement im Friedenskreis der Weimarer Evangelischen Studentengemeinde, 1983–1987 Mitglied des Chors des Nationaltheaters Weimar, 1989 Mitbegründung des Demokratischen Aufbruchs, 1996 Eintritt in die CDU, 1997–2003 Mitarbeiterin des „Bürgerbüro e. V. – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur“, seit 2003 Landesbeauftragte von Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, seit 2011 stellvertretende Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Christliche Kindheit in der DDR

Ich kann es nicht verleugnen, wie so viele Neueinsteiger in das politische Geschäft nach der Friedlichen Revolution komme auch ich aus einem evangelischen Pfarrerrhaus aus dem Osten. Dass ich später in die Politik gehen würde, war mir nicht in die Wiege gelegt. Es fing auch ganz und gar unpolitisch an. Meine Kindheit verlebte ich in Gnadau. Mein Vater leitete eine Ausbildungseinrichtung der Kirche. Meine Mutter war Hausfrau und hatte mit fünf Kindern unter den materiell sehr begrenzten Bedingungen des DDR-Pfarrergehalts keine leichte Aufgabe, übernahm aber zusätzlich die Stelle als Gemeindegeschwester, womit sie ihren erlernten Beruf wieder aufnahm. Dass ihr ein Medizinstudium verweigert worden war, weil sie den Anforderungen an einen kommunistischen Kader nicht genüge, habe ich erst später realisiert.

Das Dorf in der Magdeburger Börde war eine Gründung der Herrnhuter Brüdergemeine im 18. Jahrhundert, eine christliche Oase mitten im Sozialismus. Die Mitarbeiter einer kirchlichen Ausbildungseinrichtung und viele Bauernfamilien, obwohl sie längst in die LPG gezwungen waren, standen fest in der Tradition der Brüderunität. Sie prägten den Alltag und das Lebensgefühl im Rahmen der schlichten architektonischen und musikalischen Ästhetik des Ortes. Erfahrungen mit Diskriminierung machte ich in dieser Geborgenheit zunächst nicht.

Doch das sollte anders werden. Der politische Zugriff des SED-Staates erreichte mich in der Schule. Manchen Zumutungen, wie dem verlangten Eintritt in die Pionierorganisation, konnten wir Kinder noch ausweichen, auch wenn

klar war, dass dies für unsere Zukunft nichts Gutes verhiß. Mit dem Umzug als Jugendliche nach Erfurt, lernte ich die Diaspora der Christen in der DDR kennen. Auch die wenigen christlichen Mitschüler in der neuen Klasse waren „selbstverständlich“ bei den Pionieren und gingen nun in die FDJ-Organisation. Sie hatten noch nie davon gehört, dass es möglich sei, da nicht dabei zu sein. Auf Diskussionen ließ sich der hiesige Staatsbürgerkundelehrer nicht ein, sie wurden sofort mit dem Totschlagsargument „Du bist wohl nicht für den Frieden?!“ niedergemacht.

Zwischen der sozialistischen Welt der Schule und der Welt von Familie und Kirche spürte ich unüberbrückbare Gräben. Mit den zuhause als schlüssig erscheinenden Argumenten konnte ich oft in der Schule das geschlossene Ideologie-System der Lehrer nicht „knacken“, und die Mitschüler, die mir in der Pause auf die Schulter klopfen, schwiegen im Unterricht. Es waren immer wieder Situationen der Peinlichkeit und Gefühle der Niederlage, die nach solchen Versuchen zurückblieben.

Zuhause wurde etwa Martin Luther King als Christ und Vorbild in der Nächstenliebe wahrgenommen, und wir freuten uns, dass die Rassentrennung in den USA allmählich aufgehoben wurde. Der friedliche Protest der dortigen Bürgerrechtler hatte mich fasziniert. Ich war aber die einzige in der Klasse, die davon wusste. Das passte wohl nicht zum Klassenkampf. In der Schule kam King nur als Klassenkämpfer vor, der wegen seiner „religiösen Bindung“ letztlich gescheitert wäre, denn das System des amerikanischen Imperialismus wurde ja damit nicht abgeschafft. Es gab zuhause viele Themen, die in der Schule tabu waren. Wir sprachen über den 17. Juni 1953, den 13. August 1961 und den Einmarsch des Warschauer Paktes 1968 in der ČSSR. Gesprochen wurde über meine Patentante, die nach 1945 durch Denunziation nach Buchenwald gekommen war und nur knapp überlebt hatte.

Trotz der bedrückenden Enge stand aber für meine Eltern fest, in der DDR zu bleiben. Die Großeltern sowie ihre sämtlichen Geschwister lebten im Westen. Meine Eltern hatten sich, nachdem beide auch schon im Westen gelebt hatten, dennoch in den 1950er Jahren bewusst für ein Leben in der DDR entschieden. Hierher habe Gott sie gestellt und sie dürften die Brüder und Schwestern nicht allein lassen. Für mich und meine Geschwister bedeute dies, Einschränkungen hinzunehmen.

Dennoch erhaschte ich manchen Freiheitsfunken auch zu Hause. Mein Vater hatte als Kirchenleitender Kontakt zu vielen ausländischen Besuchern. Politiker und Gäste aus der weltweiten Ökumene wohnten bei uns. Einmal – bevor er Bundespräsident wurde – besuchte uns Richard von Weizsäcker auf einer Reise, bei der er sich noch einen letzten unmittelbaren Eindruck von der DDR verschaffen wollte, bevor sein Staatsamt ihn in diplomatische Zwänge setzen würde. Solche Gespräche waren für uns Jugendliche ertragreich, wir konnten unseren Horizont erweitern.

Weimar: christliches Engagement und Opposition ohne Politik

Die Anfänge meines politischen Engagements begannen mit meiner Studienzeit. Trotz meines sehr guten Abiturs konnte ich nur in einer politischen Nische studieren. So machte ich mein intensiv betriebenes Hobby zum Beruf, die Musik. Ich konnte an der Musikhochschule „Franz Liszt“ in Weimar Gesang studieren. Nachdem es mir im zweiten Studienjahr endlich gelungen war, eine Studentenbude zu ergattern (ein Zimmer zur Untermiete mit gemeinsamer Toilette und einem Wasserhahn im Flur), musste ich nicht mehr mit der Reichsbahn pendeln und entdeckte die Evangelische Studentengemeinde (ESG) für mich. Dort gab es mittwochs Vorträge zu Themen aus Kunst und Wissenschaft, die das schmalbrüstige Angebot der offiziellen Lehre ergänzten. Dienstags trafen sich Arbeitskreise zu unterschiedlichen Themen: Frieden, Ökologie, Militarisierung des Alltags. Es gab auch offene Runden, wo wir uns mit der Solidarnosc und der Einführung des Kriegsrechtes in Polen, mit Problemen im Zusammenhang mit der paramilitärischen Zivilverteidigungsausbildung, die für die Frauen zu jedem Studium gehörte, und dem Militärdienst der Männer und vielen anderen Themen beschäftigten. Besonders in diesen Dienstagskreisen fand das statt, was später als oppositionelle Arbeit bezeichnet wurde.

Man konnte ja nicht einfach öffentliche Veranstaltungen organisieren, auf der Straße Flugblätter verteilen oder zu Wahlen antreten – eben das tun, was man heute „Politik machen“ nennt. Zunächst einmal konnten wir in diesem kleinen Kreis die Probleme beschreiben, unsere Sorgen um den Frieden, um die aktive Meinungs- und Religionsfreiheit artikulieren und darüber ins Gespräch kommen. Die Offenheit und Ernsthaftigkeit dieser Gesprächskreise war eine Erholung von der ständigen Vorsicht und Bevormundung im Studien-Alltag, zu dem natürlich auch im Musikstudium der Marxismus-Unterricht gehörte. Wir kamen aus der Vereinzelung in den „Seminargruppen“ (eine Art Klassen im Studienbetrieb), aus dem verordneten Schweigen der sozialistisch-monolithischen Öffentlichkeit. Aber auch in der ESG konnte es Stasi-Spitzel geben. In den kirchlichen Gruppen versuchten wir deshalb, eine besondere Kultur des verantwortlichen Redens zu entwickeln. Auch in diesem (scheinbar) geschützten Raum wollten wir so reden, dass wir das, was wir sagten, jederzeit öffentlich verantworten könnten. Im Grunde ist damit jede jugendliche Gruppe überfordert, und es entstand ein gewisser ethischer Überdruck.

Wirkliches Handeln war kaum möglich. Umso wichtiger waren die Friedensgottesdienste – die einzige große Form der öffentlichen Äußerung, die wir hatten. Mehrere Jahre hintereinander hat die ESG zusammen mit der Offenen Jugendarbeit in Weimar große Friedensgottesdienste veranstaltet – unter den Augen der Staatssicherheit in der größten Kirche der Stadt, der „Herderkirche“. Aufwändig wurden Bibeltex te in wirksame Bilder gesetzt: In dem Gottesdienst unter dem Motto „Wo Gerechtigkeit und Frieden sich küssen“ (Ps 85) begegnete

ein Zug des Lebens in Blumengewändern und lieblicher Musik dem Zug des Todes in Schwarz mit Trommeln und Tröten. Die Bibeltexte sprachen damals ganz direkt zu uns. 1989 haben wir erlebt, wie diese Texte viele kirchenferne Menschen ergriffen haben. Die Auseinandersetzungen, die davor und danach zu bestehen waren, konnten wir damals nicht alle als Stasi-gesteuert erkennen. Heute wissen wir, dass unter den Weimarer Kirchenleitenden inoffizielle Stasi-Mitarbeiter waren.

Auch nach Abschluss meines Studiums, ich arbeitete im Chor des Weimarer Nationaltheaters, führte ich mit anderen ehemaligen ESG-Mitgliedern eine kleine Gruppe weiter, die sich darum bemühte, die Prinzipien des „konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ in Lebenspraxis umzusetzen. Wir warben für den Abschluss „persönlicher Friedensverträge“, in denen sich Menschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs zusicherten, in keinem Fall gegeneinander Aggressionen auszuüben, sondern vielmehr das friedliche Miteinander zu befördern. Auch hierbei handelte es sich um rein symbolische Akte, aber die Staatssicherheit fand das doch so gefährlich, dass die Gruppe in einer OPK („operative Personenkontrolle“) „Basis“ erfasst wurde.

Bis dahin war bei uns das Politische durch unsere ethische und religiöse Sprache überdeckt. Als wir mit unserer inzwischen vierköpfigen Familie im November 1987 nach Berlin umzogen, wurde das allmählich anders. Die politischen Auseinandersetzungen nahmen an Schärfe zu. Wenige Tage nach dem Umzug verhaftete die Staatssicherheit in der nahen Zionskirche Mitarbeiter und Jugendliche der „Umweltbibliothek“ und beschlagnahmte die Druckmaschinen. Eine Protestwelle setzte ein, in der Kirche hielt eine Mahnwache aus, täglich fanden Andachten statt. Ich lud Thermoskannen mit Tee und Essbares in den Kinderwagen, nahm den Dreijährigen an die Hand und stapfte durch die unbekannteren Straßen, durch das Stasispalier in den Grünanlagen mit klopfendem Herzen zur Zionskirche.

Seit 1988 war uns und vielen Freunden klar, dass es nun darauf ankam, die politischen Zustände offen anzusprechen und Verantwortung zu übernehmen.

Berlin: Revolution und Politikerfahrungen

Ab dem Mai 1989 und über den Sommer vertiefte sich die Krise in der DDR. Erste organisatorische Schritte wurden unternommen, die direkt in die Friedliche Revolution einmündeten. Ich hatte zwar mit den Kindern alle Hände voll zu tun. Aber ich wollte mich der Herausforderung auch nicht entziehen.

Es kamen die spannenden Monate der Friedlichen Revolution. In unserem Fall war das vor allem die Gründung des Demokratischen Aufbruchs und die Organisation von dessen Politik. Wir waren entschlossen, nach all den Jahren des Redens und Verständigens deutlicher politische Ansprüche anzumelden.

Am Anfang hatte ich noch Angst, besser Sorgen um die Kinder. In gefährlichen Situationen suchte ich mit den Kindern das Weite. Der Gedanke, sie könnten bei unser beider Verhaftung ins Kinderheim kommen, war uns unerträglich. Wir hatten zwar vorsorglich Erklärungen hinterlegt, welche Verwandten die Kinder in diesem Falle aufnehmen sollten, aber wir wussten nicht, ob der Staatssicherheitsdienst sich an so etwas halten würde.

Eine solche Situation trat ein, als am 1. Oktober 1989 in unserer Wohnung in Berlin der „Demokratische Aufbruch“ gegründet werden sollte. Mit einem saalartigen Doppel-Wohnzimmer bot sie genügend Platz, lag verkehrsgünstig dicht beim Alexanderplatz, hatte ein Telefon und rechtlich genügend Unabhängigkeit von kirchlichen Einrichtungen. In einem ausgeklügelten Verfahren sollte der Ort bis zur Minute des Zusammentreffens geheim gehalten werden, was der Mitbegründer des DA, Wolfgang Schnur, für uns damals nicht sichtbar, durchbrach. Ich verließ die Wohnung schon am Vormittag mit den Kindern. Als ich abends gegen 10 Uhr wiederkam, stand noch immer der Polizei-Mannschaftswagen vor der Tür und man ließ mich nur nach Ausweiskontrolle durch.

Von da an war unsere Wohnung eine Kommunikationszentrale des „DA“. Fast täglich kamen Leute aus der ganzen DDR, um Papiere und Informationen zu holen, Gespräche zu führen, meinen Mann in ihre Friedensgebete einzuladen. Nicht selten brauchten sie ein Bett oder wenigstens einen Schlafplatz, eigentlich immer auch eine Mahlzeit. Die großen Töpfe waren immer in Gebrauch. Im Kinderzimmer übten die beiden „Großen“ Demonstration: „Ohne Edon Denz in den nächsten Lenz“, krächte der Dreijährige. „Ohne Egon Krenz in den nächsten Lenz“, verbesserte der Fünfjährige. Erst ab November hatten wir das Gefühl, dass die SED-Macht soweit zurück gedrängt war, dass wir es wagten, mit den Kindern zur Demo zu gehen.

Nach der ordentlichen Gründung des DA am 29. Oktober 1989 wurde ich stellvertretende Vorsitzende des Berliner Verbandes des Demokratischen Aufbruches. Angesichts der Misere des DDR-Staats, der wirtschaftlich und politisch kollabierte, fragten die Menschen nach Programmen und Orientierung. Die Interessierten und Mitglieder mussten eingeladen, Versammlungen organisiert werden. Es gab immer wieder Interviews und hochoffizielle Termine. So hatte ich eine Einladung in die Botschaft der USA wahrzunehmen. Weil kein Babysitter erreichbar war, musste ich den Jüngsten mitnehmen, der mit einem Jahr ja auch schon ziemlich mobil war. Ich erinnere mich vor allem an die Irritation des Diplomaten und wahrscheinlich war das Gespräch nicht von staatstragender Bedeutung.

Der 9. November 1989 begann mit einem Schreck am Morgen: Am Tag zuvor war der erste Geburtstag des jüngsten Sohns gewesen und wir hatten ihn einfach vergessen. Eine Kerze, ein Segenslied und das schon lange vorher besorgte Geschenk erfüllten aber die rituellen Mindestanforderungen. Denn auch heute war nicht viel Zeit zum Feiern. Am Abend saß eine Gruppe französischer

Reformkommunisten bei uns. Einige Freunde von Demokratie Jetzt, der SDP und dem Neuen Forum waren gekommen, um den europäischen Kontakt aufzunehmen. Die Franzosen erklärten uns begeistert, dass wir nun hier die Chance nicht verpassen dürften, den wahren, wirklich gerechten und demokratischen Kommunismus aufzubauen und sie wussten auch, wie das geht. In der Küche lief wie immer das Radio mit dem Deutschlandfunk. Jemand hatte die Nachrichten gehört und sagte: „Die sagen, die Mauer ist auf.“ Auf der Straße vor dem Haus entwickelte sich eine Wanderungsbewegung Richtung Invalidenstraße, wo ein Grenzübergang war. Die deutschen Freunde verschwanden nach und nach unauffällig. Unsere französischen Gäste fanden das nicht so wichtig, wie den zukünftigen Kommunismus. Als sie endlich gingen, fielen wir ins Bett. Erst Tage später führte mich ein Interview bei Radio Glasnost zum ersten Mal nach West-Berlin.

Einige Male habe ich im Dezember als stellvertretende Berliner DA-Vorsitzende am Runden Tisch der Stadt Berlin (respektive Ost-Berlin) teilgenommen. Die zusammenbrechende Wirtschaft schuf in allen Lebensbereichen große Probleme. Der Magistrat suchte das Versagen der Verwaltung auf die Opposition am Runden Tisch abzuwälzen. Wir Vertreter der Opposition mussten uns der Geschäftsordnungstricks und der Verschleierungstaktik des Magistrats erwehren. Auch bei der Stasi-Frage waren wir uns einig: Das MfS sollte seine Arbeit einstellen. Ein Thema waren die Bedingungen für die oppositionellen Organisationen. Die SED musste ihr Haus in der Friedrichstraße räumen. Es wurde als Haus der Demokratie der Sitz der oppositionellen Gruppen und Parteien.

Bei einem Parteitag des DA im Dezember klärte sich die politische Ausrichtung immer mehr. Der Abschied von allen sozialistischen Vokabeln und Zugehörigkeiten und das Bekenntnis, auch die deutsche Einheit als legitimes politisches Ziel zu betrachten, führten dazu, dass einige Freunde zur SDP wechselten. Andere aus dem Neuen Forum kamen genau deswegen zum Demokratischen Aufbruch, der sich nun auch als verbindliche Partei verstand.

Aus dem Westen bemühten sich jetzt die großen Volksparteien um Partner. Der DA wurde von der CDU umworben. Norbert Blüm hatte schon früher Kontakte zu Rainer Eppelmann gehabt, Rita Süßmuth bemühte sich um uns. Die Ost-CDU hatte trotz deutlicher Absetzbemühungen aus der Nationalen Front nicht wirklich den Charme der revolutionären Bewegung.

Vor allem musste die junge Partei Demokratischer Aufbruch organisiert werden. In vielen Städten entstanden Gruppen, die sich anschlossen und Anleitung haben wollten.

Da nun am Zentralen Runden Tisch Wahlen verabredet worden waren, wurden Absprachen getroffen und Bündnisse verabredet. Helmut Kohl lud die Ost-CDU, die DSU (Gründung im Januar 1990 in Anlehnung an die Bayerische CSU) und den DA zu Gesprächen über eine „Allianz für Deutschland“ ein. Damals schon stellte sich auch die Frage, ob und wie die neuen Politiker auf MfS-Mitarbeit

überprüft werden müssten. Das unterblieb – ob durch die Geschwindigkeit der Ereignisse oder aus Kalkül.

Neu für uns war nach der anfänglichen Eintracht, dass die politischen Differenzen im DA immer größer wurden. Erst nachträglich kann man das als notwendigen Sortierungsprozess verstehen. Nachdem es in den Herbsttagen 1989 oft vom Zufall abhängig gewesen war, wer sich in welcher Bewegung zuerst engagierte, sortierten sich die Menschen nun nach politischen Zielen und Stilen. Damals war es für uns eine Zerreißprobe, ob die kleine organisationsschwache Partei überhaupt Einfluss haben und ob die klare Absage an SED, Staatssozialismus und Staatssicherheit durchgehalten würde. Etliche Gründungsmitglieder verließen den DA und neue Leute kamen dazu. Zu diesen gehörte Angela Merkel, die als Pressesprecherin dem DA in der Öffentlichkeit ein ehrbares Ansehen verschaffte. Der Demokratische Aufbruch arbeitete inzwischen vor allem in Thüringen, aber auch in Sachsen politisch effektiv.

Wir arbeiteten in dieser Zeit bis zum Umfallen. Trotzdem gehört diese Zeit zu meinen eindrucklichsten politischen und menschlichen Lebenserfahrungen. Aber für uns als ehemalige Oppositionelle, die auf die neuen Anforderungen der Politik nicht vorbereitet waren, stellten sich auch Zweifel ein. Der neue Politikbetrieb war pragmatisch geworden und große Menschheitsverbesserungsträume griffen nicht mehr. Die Zweifel und Belastungen überstiegen Ende Januar schließlich unsere psychische und physische Kraft. Anfang Februar, als die Allianz für Deutschland verkündet wurde, verschwanden wir in den Harz und entzogen uns auf Wochen der politischen Arbeit. Mit Entsetzen verfolgten wir die Enttarnung von Wolfgang Schnur als Stasi-Mitarbeiter eine Woche vor der Volkskammer-Wahl am 18. März 1990. Zum Glück gewann die Allianz für Deutschland allen Prognosen zum Trotz: Die DDR-Bürger hatten damit die deutsche Einheit gewählt.

Wir engagierten uns nun im vopolitischen Bereich, in der Kirche und in einem „Komitee freies Baltikum“, das für die Unabhängigkeit dieser Republiken von der UdSSR eintrat. Regelmäßig demonstrierten wir vor der sowjetischen Botschaft für die Freigabe der baltischen Staaten und den Abzug der Sowjetarmee. Ein junger Deserteur wohnte für Monate bei uns.

Als in der DDR-Opposition Engagierte wurden wir und unsere Freunde Ansprechpartner für ehemals vom SED-Staat Verfolgte. Mit der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung verbanden viele große Hoffnungen, dass nun die Verurteilung der Täter, eine umfassende Rehabilitierung und ein gründlicher Elitenwechsel in allen öffentlichen Bereichen stattfinden würden. Aber die Prozesse gegen SED- und Staats-Funktionäre waren langwierig und enttäuschend erfolglos. Die nach und nach verabschiedeten Rehabilitierungsgesetze reichten offensichtlich nicht aus. Die aufgeblähten staatlichen Verwaltungen der DDR wurden praktisch vollständig übernommen, so dass sie auf Jahre hin viel zu groß waren und Personal abbauen mussten. Chancen für bisher

Benachteiligte als Quereinsteiger gab es viel zu wenig. Nach einigen Jahren des kalkulierten Stillehaltens formierten sich auch die DDR-Systemträger wieder neu, was besonders in Berlin zu spüren war. Plakate mit FDJlern und DDR-Uniformen warben für „Ostalgie“-Partys.

Ich hatte das Gefühl, dass das Eine mit dem Anderen verbunden sei: das Empfinden der Opfer der SED-Diktatur nicht gewürdigt und von Seilschaften ausgebootet zu werden und die neue Frechheit der Altkader. Dagegen wollten wir etwas unternehmen. Am 17. Juni 1996 wurde mit Helmut Kohl, Bärbel Bohley, Jürgen Fuchs und Wolf Biermann das „Bürgerbüro e. V. – Verein zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur“ gegründet, das den politisch Verfolgten Hilfe anbieten und im vopolitischen Raum Lobby-Arbeit betreiben würde. Sofort wurde das Büro mit hunderten Anliegen Betroffener überschüttet. Anfangs ehrenamtlich und später halbtags, stieg ich in die Arbeit des Büros ein. Ich lernte mich in den mehrstufigen Rehabilitierungsgesetzen zu orientieren, die Grundregeln der Pressearbeit, die Mechanismen und Zuständigkeiten des Bundestages zu verstehen. Später konnte ich mit einer Zeitzeugenbefragung und Archivstudien an einer Broschüre über die Zwangsarbeit in DDR-Haft mitarbeiten.

Im Dezember 1996 trat ich gemeinsam mit einigen Freunden aus der Kategorie „Bürgerrechtler“ (wir hatten uns früher selbst so nicht bezeichnet, auch wenn es die Intention ganz gut trifft) der CDU bei. Eine Auseinandersetzung mit der Frage der Mitwirkung als Blockpartei in der DDR hatte in der CDU glaubwürdig begonnen. Die Partei setzte sich für eine offene Aufarbeitung der SED-Diktatur und des MfS ein. Wichtig war mir auch, dass die CDU politisch nicht mit den SED-Nachfolgern zusammenarbeitete, wie das inzwischen bei der SPD der Fall war. Als Christin lag mir auch die Berufung auf das christliche Menschenbild nahe, das den Menschen mit seinen Schwächen und Hoffnungen wahrnimmt. So gab ich meine parteipolitische Enthaltensamkeit auf, die ja auch etwas Bequemes haben kann. Das hat im Freundes- und Bekanntenkreis ziemliche Überraschung ausgelöst, aber nur wenige haben uns wegen dieses Schrittes die Freundschaft gekündigt.

Die ersten Parteierfahrungen in Berlin, ich gehörte zum Ortsverband Alexanderplatz, waren eher ernüchternd. Die Hoffnung, als Parteimitglied schneller politische Informationen zu bekommen oder in der CDU, die den Senat führte, Einfluss zu haben, war eine Illusion. Ich traf einige bekannte Gesichter aus DA-Zeiten, aber auch langjährige Ost-CDU-Mitglieder und viele Zuzügler aus dem Westen. Insofern war der Verband Berlin Mitte ein kleines Abbild des Berliner „Schmelztiegels der deutschen Einheit“. Wenn ich mich recht erinnere, 1999 wurde ich auf Vorschlag meines Kreisverbandes Berlin Mitte zum ersten Mal in den CDU-Landesvorstand gewählt. Dort lernte ich die Zwänge der großen Koalition kennen, in denen Eberhard Diepgen steckte. Die Ost-Berliner Verbände waren im Vergleich zu den West-Berlinern nach wie vor mitglieder-schwach und konnten auch nur wenig zu Wahlerfolgen der CDU beitragen. Nach

meiner Wahrnehmung spielten nur wenige Frauen in der Berliner CDU eine wesentliche Rolle. Es gab eine ziemlich geschlossene Gruppe nicht mehr ganz so jugendfrischer (West-Berliner) Männer, die sogenannte „Betonriege“, die die Politik der Partei in nicht sehr transparenter Weise bestimmte. Bald schon brach über die wohl inzwischen etwas machtverwöhnte CDU Berlin der Skandal um die Berliner Bank herein, in dem wichtige Männer der CDU-Führung angezählt wurden. Vorsichtige Anfragen einer Neuen im Landesvorstand nach Klarheit und Wahrheit fanden wenig Beachtung. Der politische Schaden war enorm.

2001 standen Wahlen zum Abgeordnetenhaus an. Auch die Ost-Berliner CDU wollte flächendeckend Direktkandidaten aufstellen. Ich ließ mich für einen Wahlkreis in Lichtenberg rund um Erich Mielkes ehemalige Stasi-Zentrale nominieren. Den gewann Gesine Löttsch von der PDS seit Jahren direkt, weil die „Genossen der bewaffneten Organe der DDR“ alle noch dort wohnten. Den Wahlkampf mit den wenigen Mitgliedern in Lichtenberg zu organisieren, war ein Abenteuer. Beim Plakate Aufhängen wurde man angepöbelt, die Plakate beschädigt und runtergerissen, offene Diskussionsforen der Kandidaten fanden nicht statt, die örtliche Presse kannte nur eine Kandidatin in Lichtenberg. Die CDU Ortsgruppe war fast vollständig entchristianisiert. Nur mit Mühe konnte ich die gutgemeinte Wahlkampfaktion „Ostereiersuchen am Gründonnerstag“ abbiegen. Gern habe ich die Gespräche am Straßenstand geführt, wo die Leute ungeschützt ihre Meinung sagten und ihre Frustrationen äußerten. Der Höhepunkt war ein Wahlkampfauftritt mit dem damaligen Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen, Bernhard Vogel, der den Lichtenbergern die Kandidatin anpries. Ich erzielte einen winzig kleinen Achtungserfolg: 13 Prozent für die Kandidatin der CDU, 11 Prozent für die Partei – immerhin. Und ich gewann wichtige Erfahrungen.

Wieder in Thüringen

Eine neue Qualität bekam mein politisches Engagement, als mich 2003 der Nachfolger von Bernhard Vogel, Dieter Althaus, zur Wahl als Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR des Freistaates Thüringen vorschlug. Im Oktober wurde ich vom Landtag in das Amt gewählt. Die Behörde mit dem langen Namen berät zur Akteneinsicht in die Stasi-Unterlagen, hilft ehemals politisch Verfolgten in den Rehabilitierungs- und Wiedergutmachungsverfahren, unterstützt Arbeitgeber und andere Berechtigte bei der Überprüfung ihrer Mitarbeiter auf frühere Stasi-Tätigkeiten, betreibt und befördert regionalhistorische Forschungen zur DDR-Zeit und leistet politisch-historische Bildungsarbeit. Ein breites und spannendes Feld, in dem man mit Menschen aller Generationen umgeht, zuweilen auch streitbar Stellung beziehen muss und vor allem selber viel Neues erfährt und lernt. Eine gewisse

Konfliktfähigkeit gehört dabei zu dem Amt, das ich als Parteinahme des Freistaats für die Opfer der kommunistischen Diktatur verstehe.

Nach 14 Jahren kam ich also nach Thüringen zurück und erlebte ein Land, das aufgeblüht war. Am Ende der DDR-Zeit waren die Städte mit ihrer alten Bausubstanz vom Verfall bedroht, großflächig wurde abgerissen. In Erfurt hatten die Bürger in der Friedlichen Revolution den Abriss ganzer Altstadtviertel im letzten Moment verhindert. Nun ist fast alles wieder aufgebaut, das Leben brummt in den Städten, die meisten Dörfer haben sich herausgeputzt: Ein ganz anderer Aufschwung als der Glas-Beton-Kult des Berliner Baubooms, sympathischer, kleinteiliger.

Noch etwas ist in Thüringen anders: Frauen spielen hier eine wichtige Rolle in der Politik. Derzeit wird Thüringen von zwei Frauen geführt: Christine Lieberknecht, 2003 Landtagspräsidentin und damit meine Vorgesetzte in Dienstfragen, ist heute Ministerpräsidentin. Als Landtagspräsidentin folgten ihr Dagmar Schipanski und dann Birgit Diezel. Auch wenn die Frauenquoten in der CDU-Fraktion, Landesvorstand und Regierung höher sein könnten, ist es doch nichts Exotisches, wenn eine Frau ein wichtiges politisches Amt erhält.

Bei aller Neutralität, die mir die Amtsführung auferlegt, wollte ich aber auch die politische Arbeit nicht ganz lassen. So kam ich auch in Thüringen bald wieder in den Landesvorstand der CDU. Das Diskussionsklima ist hier deutlich offener als in Berlin, ohne dass daraus persönliche Aversionen entstehen müssen.

Dass ich im letzten Jahr zu einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung gewählt wurde, gibt mir die Chance, die Fülle der positiven Erfahrungen, die ich mit der Freiheit und der Demokratie machen durfte, weiter zu geben, über die eigene Generation hinaus und bis in die internationale Arbeit hinein.

Ein vorläufiges Resümee

Wenn ich auf diese politischen Aspekte meines bisherigen Lebens zurückblicke, eingeschlossen aller Schwierigkeiten, fällt mir mein Konfirmationsspruch ein, der mein Lebensgefühl immer noch ausdrückt: „Zur Freiheit hat euch Christus befreit. So steht nun fest und lasst euch nicht wieder unter das knechtische Joch fangen.“ (Gal 5,1). Eine Zusage – aber auch eine Aufgabe: Lasst euch nicht wieder fangen! Freiheit und fest stehen. Der Grund, auf dem ich stehen kann und darf, ist unverfügbar und gerade darum verlässlich in den sehr unterschiedlichen Zeiten. Deswegen bleibt für mich das kirchliche Engagement eine Konstante, in der Gemeinde und in der Kirchenmusik.

Durch politisches und bürgerschaftliches Engagement die 1989 so schwer errungene Freiheit zu sichern und Verantwortung zu übernehmen dafür, wie unser Gemeinwesen funktioniert, scheint mir daraus eine zwingende Schlussfolgerung.

Das ist nur manchmal ein Vergnügen. Die demokratischen Prozesse sind oft zäh. Politische Projekte können scheitern oder es setzt sich nur die „zweitbeste“ Lösung durch. Dass man (frau) mit der eigenen Partei nicht immer in allen Punkten einverstanden ist, ist ein wohltuender Unterschied zur DDR-Zeit der „Ewigen Wahrheiten“. Der Druck zu einem einheitlichen Auftreten, der auch von den Medien ausgeht, die parteiinterne Auseinandersetzungen skandalisieren, steht dem oft zu sehr entgegen. Es wäre wichtig, dass eine (Volks-)Partei das aushält und am besten fruchtbar macht.

Aber auch das Vergnügen an Politik kommt vor, selbst wenn nicht gerade Revolution zu machen ist. Etwa, wenn es möglich war, einem ehemaligen politischen Gefangenen zu seinem Recht zu verhelfen. Wenn in unserem Dorf durch gemeinsame Arbeit bei der Kirchenrenovierung eine neue Gemeinschaft entsteht, wo früher ideologische Grenzen die Bevölkerung teilten. Oder wenn Menschen, die ihren politischen Weg 1989 begannen, heute von Mehrheiten getragen ganz Deutschland repräsentieren.

Im Rückblick erfüllt mich auch Dankbarkeit: für meine Familie und die guten Fügungen in meiner beruflichen und politischen Biografie. Ich konnte solange die Kinder klein waren zuhause bleiben und habe mich in dieser Zeit ehrenamtlich engagiert. Aus diesem Engagement sind dann ganz neue berufliche Chancen erwachsen, in denen ich persönliche Intentionen verwirklichen kann. Und immer habe ich noch Lust, meine Kraft für unser Land, für die Freiheit einzusetzen.